

Ilse Aigner

- (A) anschauen – zwischen investiven und konsumtiven Maßnahmen.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Das weiß er nicht! – Jürgen Koppelin [FDP]: Als Gewerkschaftssekretär weiß er das doch gar nicht!)

Herr Tauss, ich muss Sie leider darüber aufklären. Sie wollten – das haben Sie schriftlich festgehalten – die Fördermittel für investive Maßnahmen verdoppeln. Es ist ein Unterschied, ob ich die Mittel von 2,65 Milliarden Euro auf 5,3 Milliarden Euro erhöhe oder auf 2,18 Milliarden Euro – so ist es ausgewiesen – kürze.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Jetzt komme ich zu meiner Rede zurück.

(Jörg Tauss [SPD]: Das ist keine Antwort! – Gegenruf des Abg. Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Sechs! Setzen!)

– Ich habe leider nicht genügend Zeit, um alles zu sagen, was mir auf dem Herzen liegt. Interessant ist für mich nach wie vor, dass alle anderen EU-Länder an uns vorbeiziehen. Dafür sind angeblich die **makroökonomischen Bedingungen** verantwortlich: 9. November, Weltwirtschaft, Globalisierung, Fixschuld und was weiß ich sonst noch.

Früher sagte der damalige Ministerpräsident Schröder, er müsse Bundeskanzler werden, um die makroökonomischen Bedingungen auf Bundesebene ändern zu können. Jetzt sind die makroökonomischen Bedingungen irgendwo anders schuld. Ich glaube, es liegt an der Person, die hier regiert. Das einzig Richtige wäre, aufzuhören zu regieren, damit das Land wieder vorwärts kommt.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Letzte Rednerin in dieser Debatte ist die Kollegin Elke Ferner, SPD-Fraktion.

**Elke Ferner (SPD):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kollegen! Liebe Kolleginnen! Sie haben uns, wie üblich, einen Schaufensterantrag vorgelegt. Wir erleben das in jeder Haushaltsausschusssitzung.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Sie kommen aus dem Lafontaine-Lager! Jetzt sind wir gespannt!)

– Lieber Kollege Kampeter, Sie müssen sich schon einmal die Wahrheit anhören. Sie haben im Bundesrat alles Mögliche blockiert: Steuervergünstigungsabbaugesetz, Haushaltsbegleitgesetz; Sie haben es geschafft, die Gemeindefinanzreform zulasten der Kommunen zu verwässern.

Auf der anderen Seite gibt es aus Ihren Reihen diverse Vorschläge: von Herrn Merz dieses komische Bierdeckelkonzept; die Kopfprämien; andere wollen das

Kindergeld erhöhen usw. Ihr stellvertretender Fraktionsvorsitzender Horst Seehofer addiert die Belastung bei Umsetzung dieser Vorschläge auf eine Summe von 102 Milliarden Euro. Wie passt das denn zusammen? Erst planen Sie 102 Milliarden Euro zusätzliche Belastungen für den Bundeshaushalt und jetzt verlangen Sie ein Haushaltssicherungsgesetz. Was Sie hier treiben, ist einfach nicht mehr wahr.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Bayerische Ministerpräsident will eine **Globalkürzung** von 5 Prozent auf alles. Ich will an ein paar Beispielen deutlich machen, was das heißt.

(Otto Fricke [FDP]: 5 Prozent weniger Diäten heiße das auch!)

– 5 Prozent weniger Diäten wäre weniger schlimm, lieber Kollege Fricke, als 5 Prozent weniger im Haushalt für Gesundheit und Soziale Sicherung. Dort müssten nämlich 4 Milliarden Euro eingespart werden, was eine Erhöhung um 0,4 Beitragspunkte oder Rentenkürzungen bedeuten würde. Das wäre nämlich das Ergebnis einer solchen Operation. Wenn Sie das möchten, können Sie das gerne der staunenden Bevölkerung sagen. Wir möchten das auf alle Fälle nicht.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Fricke? (D)

**Elke Ferner (SPD):**

Ja.

**Otto Fricke (FDP):**

Frau Kollegin Ferner, wollen Sie mit Ihrer Äußerung sagen, dass überall gespart werden muss, nur nicht bei den **Rentnern**?

**Elke Ferner (SPD):**

Ich weiß nicht, in welcher Welt Sie im letzten halben Jahr gelebt haben, Herr Kollege Fricke, aber wir haben den Rentnern und Rentnerinnen in dieser Republik – das ist immerhin die Generation, die unserer Generation eine deutlich bessere Ausbildung ermöglicht hat, als unsere Eltern sie genießen konnten, die dieses Land aufgebaut haben – eine ganze Menge zugemutet, damit wir für deren Enkelkinder und Töchter das finanzieren können, was die Frau Kollegin Aigner vorhin als „Suppenküchen“ diskreditiert hat, nämlich Ganztagschulen flächendeckend einzurichten.

Ich bin der Auffassung,

(Otto Fricke [FDP]: Keine Streichung mehr?)

dass zum jetzigen Zeitpunkt eine zusätzliche Belastung der Rentner und Rentnerinnen nicht möglich ist. Das halte ich nicht für akzeptabel. Insbesondere unter den

Elke Ferner

- (A) älteren Frauen gibt es viele, die nur über eine sehr kleine Rente verfügen

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Die klassische parlamentarische Linke!)

und Mühe haben, bis zum Monatsende mit ihrem Geld über die Runden zu kommen.

Die CDU/CSU hat nicht nur in der Rentenpolitik, sondern beispielsweise auch bei der Gesundheitsreform ihre Klientel geschont, aber auf der anderen Seite eine Praxisgebühr eingeführt, wie wir sie nicht wollten. Diese ist ein Ding der Union.

(Otto Fricke [FDP]: Wir reden von pauschal 5 Prozent!)

Die Union hat ebenso die Privatisierung des Zahnersatzes und höhere Zuzahlungen zu verantworten. Das trifft wiederum insbesondere ältere Menschen, die öfter zum Arzt müssen, vielleicht auch dauerhaft Medikamente nehmen müssen, härter als unsereins.

(Beifall bei der SPD – Otto Fricke [FDP]: Ist alles von Ihnen beschlossen worden! – Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Alles mit Ihrer Stimme beschlossen worden!)

Deshalb glaube ich, dass eine zusätzliche Belastung der Rentner und Rentnerinnen derzeit nicht möglich ist.

(Otto Fricke [FDP]: Da freuen sich die Rentner!)

- (B) – Das freut mich. Ich danke Ihnen auch, dass Sie mir die Gelegenheit gegeben haben, diese Ausführungen zu machen.

Ich könnte noch das Beispiel Wirtschaftshaushalt anführen. Hier müssten Einschnidungen bei Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und der aktiven Arbeitsmarktpolitik erfolgen. Das wird Ihre Kolleginnen und Kollegen im Osten des Landes mit Sicherheit sehr freuen.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Die freuen sich schon genug über die Gemeinschaftsaufgabe!)

Sie ziehen immer gleich die **Steinkohlehilfe** zu Rate.

(Ilse Aigner [CDU/CSU]: Zu Recht!)

– Dazu muss ich Ihnen eines sagen, liebe Frau Kollegin Aigner. Es waren Ihr Kanzler Kohl, Ihr Minister Waigel und Ihr Wirtschaftsminister Rexrodt, die 1997 die Höhe der Kohlebeihilfen bis einschließlich 2005 festgelegt haben. Das waren nicht wir, das waren Sie.

(Beifall bei der SPD – Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Degression!)

– Degressiv, natürlich. Bei der Degression wird es auch bleiben.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Nein!)

Was aber bedeutet das für die Menschen vor Ort – ich komme aus einer Bergbauregion –,

(Otto Fricke [FDP]: Nicht nur Sie!)

die nicht mit einer Steinzeittechnologie, sondern mit einer hoch modernen Technologie leben wollen? Die CDU in Nordrhein-Westfalen will ja nicht wirklich einen Totalabbau der Steinkohlesubventionen. (C)

(Otto Fricke [FDP]: Raketen sind auch Hochtechnologie! Aber wollen wir Raketen bauen?)

– Mit Steinkohle kann man aber niemanden totschießen, lieber Herr Kollege Fricke.

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**

Frau Kollegin, gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage: des Kollegen Kampeter?

**Elke Ferner (SPD):**

Sehr gerne.

**Steffen Kampeter (CDU/CSU):**

Frau Kollegin Ferner, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass in der gestrigen Beratung des Landtages Nordrhein-Westfalen die CDU-Landtagsfraktion vorgeschlagen hat, die Kohlesubventionen zugunsten von Zukunftsinvestitionen in Bildung und Forschung im Vergleich zum Regierungsentwurf zu halbieren? Sind Sie bereit, diesem Vorschlag der CDU-Landtagsfraktion auf Bundesebene zu folgen?

**Elke Ferner (SPD):**

Nein, ich bin nicht dazu bereit, Herr Kollege Kampeter.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CDU/CSU: Aha!) (D)

Vorhin ist die Entwicklung der Kohlepreise auf den Weltmärkten angesprochen worden. Ich glaube, es war Herr Austermann. Ich habe beispielsweise von dem Umweltminister des Landes Niedersachsen – FDP – gelesen, der sogar vorgeschlagen hat, alle bestehenden Zechen offen zu halten und keine einzige mehr zu schließen.

Ich glaube nicht, dass nur Ausgaben in Bildung und Forschung Zukunftsinvestitionen sind. In Nordrhein-Westfalen gibt es beispielsweise noch einige Zulieferbetriebe. Sie werden in Nordrhein-Westfalen wahrscheinlich auch einige Kraftwerksbauer haben.

(Otto Fricke [FDP]: Die brauchen aber keine deutsche Steinkohle!)

All das hängt damit zusammen. Zu Ihrem Zwischenruf, Herr Fricke, dazu brauche man keine deutsche Steinkohle, kann ich nur sagen: Die deutsche Stahlindustrie wäre im Moment heilfroh, wenn sie deutsche Kokskohle zu vernünftigen Preisen beziehen könnte

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Otto Fricke [FDP]: Und das wäre die deutsche?)

und sie nicht zu Preisen, die deutlich über den deutschen Förderkosten liegen, auf den Spotmärkten einkaufen müsste.

Elke Ferner

- (A) Ich möchte noch ein Beispiel für Ihre Unseriosität anführen. Sie haben in Ihrem Antrag die Einnahmen und Ausgaben der Jahre 1998 und 2003 gegenübergestellt. Da vergleichen Sie aber wirklich Äpfel mit Birnen; denn Sie haben sich nicht die bereinigten Ausgaben angesehen. Allein die **Rentenversicherungszuschüsse** sind um fast 29 Milliarden Euro höher als im Jahr 1998.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Ja, richtig!)

– Ja, und während Ihrer Regierungszeit sind sie von den Versicherten über Beiträge gezahlt worden. Wenn man diese Summe auf die Beiträge umlegt, entspricht dies einer Beitragserhöhung von knapp 3 Prozentpunkten. Das bedeutet also Rentenversicherungsbeiträge von knapp 22,5 Prozent statt 19,5 Prozent bzw. – andersherum ausgedrückt – eine zusätzliche Belastung für Unternehmen und Versicherte in Höhe von je 14,5 Milliarden Euro. Wenn das Ihre Politik ist, kann ich nur sagen: Prost Mahlzeit!

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Sie haben die Rentenreform gekippt!)

Ich möchte Ihnen noch einen letzten Beweis für die „Seriosität“ der CDU-Finanzpolitik geben.

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Dafür reicht Ihre Redezeit nicht!)

Man muss sich nur einmal ansehen, was die „grandiose“ Landesregierung des **Saarlandes** geschafft hat.

- (B) (Steffen Kampeter [CDU/CSU]: 54 Prozent in den Umfragen!)

In den Jahren 2000 bis 2004 hat der Bund dem Saarland eine Teilentschuldung von knapp 2 Milliarden Euro zukommen lassen.

(Dietrich Austermann [CDU/CSU]: Und wie war das in Bremen?)

Aber der Schuldenstand des Landes, werter Herr Kampeter, wird Ende dieses Jahres über 1,1 Milliarden Euro höher sein als im Jahr 1999. Das ist CDU-Finanzpolitik. Sie unterscheiden sich leider in keiner Hinsicht von Ihren Kollegen im Saarland.

Daher muss ich sagen: Ihre Anträge sind Showanträge, wie Sie sie immer schon eingebracht haben. Wir werden sie ablehnen. Natürlich werden wir sie noch im Ausschuss beraten, aber sie helfen diesem Land überhaupt nicht weiter. Sie sollten sich lieber mit konstruktiven Vorschlägen beteiligen,

(Steffen Kampeter [CDU/CSU]: Wir stellen einen Antrag!)

anstatt alles nur mies zu machen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:**  
Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlagen auf Drucksachen 15/3096 und 15/3216 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen. (C)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 8 a und 8 b auf:

- a) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Neuordnung des Gentechnikrechts**

– Drucksache 15/3088 –

Überweisungsvorschlag:

Ausschuss für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (f)

Rechtsausschuss

Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung

Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Ausschuss für Bildung, Forschung und

Technikfolgenabschätzung

- b) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (10. Ausschuss) zu dem Antrag der Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN

**Wahlfreiheit für die Landwirte durch Reinheit des Saatgutes sicherstellen**

– Drucksachen 15/2972, 15/3209 –

Berichterstattung:

Abgordnete Gabriele Hiller-Ohm

Helmut Heiderich

Ulrike Höfken

Dr. Christel Happach-Kasan (D)

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung ist für die Aussprache eine Dreiviertelstunde vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat die Bundesministerin Renate Künast.

**Renate Künast**, Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Was wir brauchen, ist **Sicherheit** – Sicherheit für unsere Bäuerinnen und Bauern; denn sie müssen wissen, was auf ihren Feldern los ist, und sie müssen entscheiden können, welche Chancen sie nutzen wollen und welche nicht. Das ist meines Erachtens keine ideologische Frage, sondern schlicht und einfach eine Frage der wirtschaftlichen Existenz. Genau deshalb bringen wir den Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Gentechnikrechts ein. Hierbei geht es nicht nur darum, EU-Recht in materielles Recht umzusetzen, sondern es geht auch um den Schutz von gentechnikfreiem Anbau.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

An dieser Stelle will ich nicht verhehlen, dass es Anlass gibt, die **Europäische Kommission** zu kritisieren, weil sie aufgrund des Drucks, der auf sie ausgeübt wurde, in Bereichen, die dringend geregelt gehören, einige